SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Frankreichs bewegter Frühling: Protest, Streik, Aufbegehren

Hamann, Julie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hamann, J. (2016). *Frankreichs bewegter Frühling: Protest, Streik, Aufbegehren.* (DGAP-Analyse, 6). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55922-5

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

DGAPanalyse

Nr. 6 / Juli 2016

Frankreichs bewegter Frühling:
Protest, Streik, Aufbegehren

von Julie Hamann

Zusammenfassung Die berufsübergreifende Protestbewegung gegen die Arbeitsmarktreform in Frankreich stellt verglichen mit früheren Mobilisierungen die bisher größte unter einer sozialistischen Regierung dar. Damit wird das Ausmaß der Enttäuschung der Bürger und vieler Wähler seit 2012 deutlich. Mit der Bewegung Nuit debout kommt es zu neuen Formen des Protests. Nacht für Nacht kleinere und größere Diskussionsgruppen bis hin zur Generalversammlung auf öffentlichen Plätzen, gleichberechtigte Redebeiträge und direktdemokratische Abstimmungen, intensive Nutzung der Sozialen Medien – seit Occupy ist das ein bekanntes Bild. Mit dem neuen Gesetz zur Reform des Arbeitsmarkts als Auslöser haben diese Protestformen allerdings Form angenommen und Aufmerksamkeit erhalten. Die Ursachen der starken Mobilisierung der letzten Monate sind komplex. Gemeinsam ist den gewerkschaftlich organisierten Protesten und Nuit debout, dass ihre Akteure ihre Stellung in der Gesellschaft sichern, eine politische Ausdrucksform jenseits der etablierten Parteien finden und ein Wirtschaftssystem anprangern wollen, in dem sie sich als Verlierer wahrnehmen.

DGAP

Inhalt

Frankreichs bewegter Frühling:
Protest, Streik, Aufbegehren
von Julie Hamann

3 Schwache Gewerkschaften, aber starke Streiks

5 Gegen das Gesetz und gegen das System: Nuit Debout

7 Die Reform: der Tropfen zu viel im Fass der Unsicherheiten

9 Anmerkungen

Frankreichs bewegter Frühling:
Protest, Streik, Aufbegehren

von Julie Hamann

Sie sollte ein erfolgreicher Abschluss von François Hollandes erster Amtszeit als Präsident werden: die Reform des Arbeitsrechts; nach der Arbeitsministerin auch das Gesetz El Khomri genannt. Durch sie will Hollande endlich eines seiner zentralen Wahlversprechen – und Bedingung für eine erneute Kandidatur – einlösen, nämlich einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die auf gleichbleibend hohem Niveau seit Jahren Frankreichs Wirtschaft hemmt.[1] Ein gewagtes Unterfangen, denn der Gesetzesentwurf löste die bislang größten Proteste in Hollandes Regierungszeit aus und wird auch nach ersten Änderungen des Gesetzestextes von verschiedenen Seiten entschieden bekämpft. Mehr Flexibilität bei gleichzeitiger Sicherheit für den Arbeitnehmer verspricht die Reform; einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die historisch erkämpften Arbeitnehmerrechte beklagen ihre Kritiker. Die Ereignisse der letzten Monate erinnern an andere Reformbemühungen und die großen Proteste, die sie begleitet haben: etwa die Rentenreform 2010, die Arbeitsrechtsreform rund um den Contrat première embauche zur Lockerung des Kündigungsschutzes bei Berufsanfängern 2006 oder die größte Streikbewegung nach Mai 68 gegen die Renten- und Sozialreformen im Jahr 1995. Sie nähren dadurch auch die immer wieder von Politikern, Journalisten und Partnern aus dem Ausland vorgetragene Diagnose, das Land sei „nicht reformierbar". Ist also alles wie gehabt?

Es sind vor allem zwei Elemente, die die starke Mobilisierung seit Februar von vorherigen Protestbewegungen unterscheiden: Zum einen handelt es sich um die größten, berufsübergreifenden Proteste unter einer sozialistischen Regierung in Frankreich. Das ist politisch und gesellschaftlich deshalb so bedeutend, weil die Linke in Oppositionszeiten selbst oft zentrale Triebkraft von sozialen Bewegungen war. Dass sich ihre Wähler und die Gewerkschaften nun so vehement gegen die Regierung wenden, drückt das Ausmaß enttäuschter Hoffnungen nach dem sozialistischen Wahlsieg von 2012 aus, das weit über die geplante Reform hinausreicht. Zum anderen prägen neue Formen des Protests das Bild, die sich neben Streiks und Demonstrationszügen vor allem in der Bewegung Nuit debout (in deutschen Medien oft als ‚Aufrecht durch die Nacht' oder ‚die Nacht über wach' übersetzt) zeigen. Keine festgelegten Ziele, keine Führungsfigur, sondern Abend für Abend Generalversammlungen und gleichberechtigte Redebeiträge auf der Pariser Place de la République und an anderen Orten des Landes. Schnell haben sich die Diskussionen von der Reform des Arbeitsrechts losgelöst und greifen Themen wie soziale Ungerechtigkeit, Globalisierung, Gleichberechtigung und Klimawandel auf. Unter dem gemeinsamen Dach der Ablehnung der Arbeitsrechtsreform legen die Proteste mehrere Bruchlinien offen: zwischen der „alten Linken" und ihren ritualisierten Protestformen einerseits und einer neuen Generation mit Formen des Protests jenseits des konventionellen Sozialdialogs andererseits; zwischen einer sozialistischen Regierung, die sich an einer wirtschaftspolitischen Neuausrichtung ihrer Partei versucht, und ihren empörten Anhängern des linken Flügels; zwischen einer politischen Elite und Bürgern, die ihr das Vertrauen entziehen.

Die Reform des Arbeitsrechts ist ohne Zweifel der Auslöser der starken Protestbewegung, Ursache ist sie jedoch nicht. Sowohl für die Gewerkschaften als auch für andere Akteure der sozialen Bewegung geht es um weit mehr: Die Sicherung ihrer Stellung in der Gesellschaft, eine politische Ausdrucksform in einer Parteienlandschaft, in der sie sich in Zeiten der Unsicherheit nicht wiederfinden, und die Anprangerung eines Wirtschaftssystems, in dem sie sich als Verlierer wahrnehmen.

Schwache Gewerkschaften, aber starke Streiks

Nachdem die ersten Details des Gesetzentwurfs im Februar 2016 bekannt wurden, formierte sich unter den zentralen Gewerkschaften rasch Widerstand. Sie forderten eine komplette Rücknahme der Reform. Wichtige Kritikpunkte waren eine zukünftige Obergrenze bei Abfindungen und die damit verbundene Einschränkung der Arbeitsgerichte sowie eine Lockerung der Arbeitszeitregelungen. Auch innerhalb der sozialistischen Partei wurde

der Konflikt zwischen dem linken und dem reformorientierten Flügel offen ausgetragen. So warf Martine Aubry, die 1998 als Arbeitsministerin selbst die nun bedrohte 35-Stunden-Woche eingeführt hatte, ihren Parteigenossen zu große Nähe zum Arbeitgeberverband Medef vor und beklagte einen Rückschritt im Bereich der arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Linken.[2] Die meisten Arbeitgeber, repräsentiert durch den Medef, und die konservative Opposition hingegen befürworteten die im Reformprojekt enthaltenen Vorschläge. Anfang März lud die Regierung Gewerkschafts- und Studentenvertreter zu ersten Konsultationsrunden ein, woraufhin der Gesetzesvorschlag angepasst und strittige Punkte wie die Frage der Abfindungen geändert wurden. Der neue Entwurf sah auch eine Stärkung der Jugendgarantie vor, ein Programm zur Förderung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Unverändert blieb jedoch der umstrittene Artikel 2, wonach die Normenhierarchie umgekehrt werden soll und Unternehmensvereinbarungen künftig Vorrang vor Branchenvereinbarungen haben würden.[3] Besonders für die radikale CGT (Confédération générale du travail) ist dieser Artikel der strittigste Punkt des Entwurfs, da er den ohnehin schwindenden Einfluss der Gewerkschaften noch weiter zu beschränken droht. Ohne dessen Rücknahme will sie die Reform nicht akzeptieren. Bis Ende Juni organisierten die Gewerkschaften zahlreiche Aktionstage, zu denen mehrere hunderttausend Demonstranten zusammenkamen; Arbeitnehmer bestreiken Raffinerien, Müllabfuhren, den Personenverkehr und den Bildungsbereich und beeinträchtigen das Land vor und während der Fußball-Europameisterschaft spürbar. Die Fronten verhärten dabei umso stärker, je öfter harte Worte fielen. So verglich der Präsident des Medef, Pierre Gattaz, die Aktivisten mit Terroristen. Sind die Protestaktionen Erpressung durch eine Minderheit, wie die Regierung moniert, oder Arbeitskampf à la française?

Machtkampf oder Arbeitskampf?

Klein, aber laut, so gilt Frankreichs Gewerkschaftsmilieu weithin. Nur rund acht Prozent der Arbeiter sind überhaupt Mitglied einer Gewerkschaft[4] – damit hat Frankreich den niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Europa. Doch der hohe Stellenwert, den das Streikrecht in der französischen Verfassung genießt, verleiht ihnen trotz geringer Mitgliederzahl eine starke Position. Anders als in den meisten anderen Ländern sind in Frankreich politische Streiks sowie Solidarisierungsstreiks erlaubt, weshalb es überhaupt erst zu einer solch massiven Streikbewegung im Widerstand gegen ein Gesetz kommen kann. Nicht nur in Frankreich besteht seit den 1970er-Jahren ein klarer Trend der „désyndicalisation“, demzufolge Gewerkschaften ihre zentrale Rolle als Repräsentationsorgan der Arbeiterschaft verloren haben. Diese Entwicklung geht einher mit einer Loslösung der Arbeiter von traditionellen sozialen Organisationen, für die auch die Probleme der klassischen Arbeiterparteien ein Symptom sind. Für Gewerkschaften sind Streiks als Mittel der Machtdemonstration gegenüber den Arbeitgebern und der Regierung also wichtiger denn je.

Die sinkenden Mitgliederzahlen entziehen den Gewerkschaften mehr und mehr die Legitimation, mit ihren Forderungen für die gesamte Arbeiterschaft zu sprechen. Kaum bilden Gewerkschaften außerdem die Zusammensetzung der Arbeiterschaft ab: Insbesondere Arbeitnehmer unter vierzig sind nur spärlich repräsentiert; etwa die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder wird in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen.[5] Dies mag insofern paradox anmuten, als es vor allem junge Menschen sind, die prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sind und die somit auf Institutionen angewiesen sind, die ihre Interessen vertreten. Zwar hat in Frankreich noch das Gros von 85 Prozent der Arbeitnehmer einen unbefristeten Arbeitsvertrag (contrat à durée indéterminée, CDI), doch mittlerweile basieren 90 Prozent der Neueinstellungen nur mehr auf befristeten Verträgen (contrat à durée déterminée, CDD) oder Zeitarbeitsverträgen.[6] Berufseinsteiger sind davon besonders betroffen und leiden unter den Konsequenzen: Ohne einen unbefristeten Arbeitsvertrag ist es in Frankreich gerade in Großstädten kaum möglich, sich eine Wohnung zu mieten oder gar zu kaufen. Anstatt nach dem Studium mit dem Berufseinstieg also den Grundstein für ein selbständiges Leben legen zu können, sind viele junge Franzosen noch lange von ihren Familien abhängig oder leben unter prekären Bedingungen. Eine starke Mobilisierung, die auch nicht-organisierte Gesellschaftsgruppen erreicht, ist ein Weg, über den die Gewerkschaften die schwache Legitimation durch mangelnde Repräsentation ausgleichen können. Dass ihnen das zumindest teilweise gelingt, zeigt ihre Fähigkeit, immer wieder große Bewegungen anzustoßen. Diese branchenübergreifenden Bewegungen, die sich meist sehr direkt gegen Gesetzesvorhaben der Regierung richten, werden oft flankiert von kleineren, branchenspezifischen Streiks, um beiden Elementen mehr Durchschlagskraft zu verleihen.

Ein Machtkampf findet aber auch zwischen den Gewerkschaften statt: Statt in einem Dachverband, wie beispielsweise in Deutschland oder Österreich, organisieren sich Frankreichs Arbeitnehmer in konkurrierenden

Einzelgewerkschaften. Die älteste Gewerkschaft ist die CGT (gegründet 1895), die seit der Nachkriegszeit von ihrem kommunistischen Flügel dominiert wird und bis heute eng mit der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) verbunden ist. Auch wenn sie bei den Wahlen zum Arbeitsgericht noch immer an erster Stelle liegt, so hat ihr seit Kurzem die CFDT (Confédération française démocratique du travail) den Rang als größten Verband nach Mitgliedszahlen abgelaufen. Mit ihrem Ursprung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung verfolgt die CFDT einen reformorientierten Kurs. Seit 1978 hat die CGT rund 70 Prozent ihrer Anhänger verloren und ist damit größte Verliererin der „désyndicalisation", während die CFDT entgegen dem Trend steigende Mitgliederzahlen aufweisen kann.[7] Die Konkurrenz beider Organisationen wird in der Auseinandersetzung um die Reform des Arbeitsrechts besonders deutlich: Während die CFDT den Gesetzentwurf in seiner zweiten Version von Anfang März befürwortet, lehnt ihn die CGT noch immer ab und ruft gemeinsam mit der drittgrößten Gewerkschaft FO (Force ouvrière) weiterhin zu Demonstrationen und Streiks auf. Laurent Berger, Generalsekretär der CFDT, hat sich bei der Ausarbeitung der zweiten Version des Gesetzentwurfs aktiv eingebracht und sieht seine Rolle nun darin, „die Angestellten zu verteidigen, und somit dieses Gesetz zu verteidigen"[8]; Philippe Martinez dagegen, sein Pendant bei der CGT, verlangt weiterhin die vollständige Rücknahme des Gesetzes. Die beiden größten Gewerkschaften des Landes sind also im Gegensatz zu vorherigen großen Protestbewegungen tief gespalten.

Hollande und der soziale Dialog

Mit der Ankündigung, den sozialen Dialog in Frankreich zu verbessern und zu vertiefen, konnte François Hollande im Wahlkampf Sympathien bei den Gewerkschaften sammeln. Schon wenige Monate nach seiner Wahl fand im Juli 2012 die erste von mittlerweile vier Konferenzen statt, die dem sozialen Dialog zwischen Ministern, Gewerkschaftsvertretern, Arbeitgeberverbänden und den Gebietskörperschaften einen festen Rahmen geben sollte. Durch eine solche Einbindung der Sozialpartner in die Debatte über mögliche Reformen wollte sich die Regierung die Unterstützung der Gewerkschaften sichern, bevor es zu konfrontativen Protesten auf der Straße oder zu Streiks kam. Dies war teilweise erfolgreich, insofern als diverse Gesetzesvorhaben der letzten Jahre vorab diskutiert werden konnten. So geschehen bei verschiedenen Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft durch mehr Wettbewerb im Rahmen der Macron-Gesetze 2015 oder vor der Einführung eines Compte personnel d'activité (CPA), ein individuelles Konto jeden Arbeitnehmers mit seinen Ansprüchen auf Sozialversicherungen, Weiterbildung und Urlaubstage. Doch spätestens bei der letzten solchen Konferenz erschien die „Grande conférence sociale" als Strategie gescheitert, nachdem die CGT den Dialog aus Protest gegen die Regierungspolitik boykottierte.

Nicht zuletzt das aktuelle Reformvorhaben zielt auf eine weitere Stärkung des Sozialdialogs ab, indem Arbeitnehmer auch außerhalb gewerkschaftlicher Organisationen gestärkt werden sollen. Doch ausgerechnet bei diesem Vorhaben legte die Regierung selbst wieder das althergebrachte, auf Konfrontation ausgelegte Verhalten an den Tag. So waren die Sozialpartner, erstens, nur unzureichend in die Vorbereitung des Gesetzentwurfs eingebunden. Zweitens endete der Dialogwillen mit der ersten Überarbeitung des Entwurfs, obwohl die Mehrheit der Franzosen noch immer gegen die Reform war. Stattdessen setzte die Regierung nun darauf, dass die Protestbewegung von selbst ermüden würde. Weitere Maßnahmen wie das Verbot eines Demonstrationszuges am 23. Juni durch die Pariser Präfektur (und die anschließende Genehmigung unter Auflagen) trugen zu einer neuerlichen Verhärtung der Positionen aufseiten der Gegner bei und rücken jeden möglichen Kompromiss in weite Ferne. In der Regierung sind die Rollen klar verteilt: Während Premierminister Valls eine harte Linie gegen die Gewerkschaften vertritt und eine Zermürbungstaktik anwendet, versucht Präsident Hollande eher auf Dialog und Debatte zu setzen. Unwillentlich demonstriert die Regierung hierbei die größte Herausforderung bei ihrer angestrebten Verbesserung des sozialen Dialogs: Es genügt nicht, entsprechende Institutionen einzurichten, sondern es muss sich ein völlig neues Kommunikationsverhalten bei allen beteiligten Akteuren etablieren. Der Kampf um die Deutungshoheit bei der Bewertung der Demonstrationen und eine regelrechte Schlacht der Zahlen sind sicher nicht der geeignete Weg, um zur Deeskalation beizutragen.

Gegen das Gesetz und gegen das System: Nuit Debout

Entscheidend zur Stärke und Mediatisierung der Proteste gegen die geplante Reform des Arbeitsrechts hat das Auftreten der Bewegung Nuit debout beigetragen. Vermeintlich spontan erschien sie auf der Bildfläche, nachdem eine Reihe von Teilnehmern der großen Demonstration gegen die Arbeitsmarktreform am 31. März abends zu einer Generalversammlung auf der Place de la République in Paris aufrief. Dort trafen sich die Protestierenden fortan

allabendlich unter dem Motto „Nuit debout“ zu Debatten. Handelte es sich bis zu diesem Zeitpunkt um eine klassische soziale Bewegung, bei der unter der Führung von Gewerkschaften sowie Jugend- und Studentenvereinigungen wiederholte Demonstrationen und Streiks das Protestrepertoire bilden, kam mit Nuit debout ein Novum in Frankreichs Protestkultur hinzu: eine statische Bewegung ohne klare Strukturen, ohne Sprecher und ohne Programm, aber mit Tausenden von Teilnehmern und Sympathisanten.[9] Damit gelang es ihr, in der Politik einen Moment der Beunruhigung auszulösen, da die bisherigen Modi des Umgangs miteinander nicht mehr funktionierten und sich Nuit debout rasch über Paris ausbreitete und ein enormes Medienecho erhielt beziehungsweise selbst für seine mediale Verbreitung sorgte. Bis zu 5.000 Personen kamen auf dem Platz zu den Generalversammlungen zusammen; online verfolgen rund 80.000 Menschen den Livestream. Vor allem Jugendliche, Studenten und Mitt-dreißiger aus dem Intellektuellen- und Künstlermilieu finden sich unter den Anhängern. Ein Querschnitt durch die Bevölkerung ist Nuit debout damit nicht – eine Kritik, der sie sich angesichts ihrer Forderungen nach Volkssouveränität immer wieder stellen muss. Es handelt sich um eine Bewegung alternativ eingestellter, aber finanziell abgesicherter Wohlstandsbürger (den sogenannten „Bobos“, eine Kombination aus ‚bourgeois-bohémien‘) und privilegierter Studenten, Menschen, die eigentlich „nichts einfordern können, da es ihnen an nichts fehlt und die folglich nichts anderes verlangen können als das ‚Ende des Systems‘.“[10]

Die Gunst der Stunde

Betrachtet man Nuit debout in einem Kontext, der über Frankreich und die Mobilisierung gegen die Reform des Arbeitsrechts hinausgeht, so werden Gemeinsamkeiten mit anderen Bewegungen der letzten Jahre offenkundig. Das Prinzip der Besetzung von Plätzen verbreitete sich durch Bewegungen wie Occupy in den USA und anderen Ländern, die Indignados an der Puerta del Sol in Madrid, Demonstrationen am Athener Syntagma-Platz, aus denen Syriza hervorging, die ägyptischen Aufstände am Tahrir-Platz und die Proteste junger Türken am Gezi-Park. Wie wenige andere Orte symbolisieren diese Plätze ein Ziel, das allen genannten Bewegungen gemeinsam ist: die Durchsetzung von direktdemokratischen Funktionsweisen, von deliberativer statt repräsentativer Demokratie.[11] Wie in der antiken Polis sollen die Bürger an Plätzen zusammenkommen und durch eine gleichberechtigte Debatte Politik gestalten. Die viel beklagte „Krise der Repräsentation“ findet hier ihren Ausdruck in der Suche nach neuen Formen der Politik und gegen die etablierten Parteien. Gerade die infolge der Staatsschuldenkrise oft als oktroyiert empfundene Austeritätspolitik in Südeuropa, aber auch in Frankreich, trug zu einem enormen Vertrauensverlust in die nationalen Regierungen und Institutionen wie die EU oder den IWF bei. Die Arbeitsmarktreform wird insofern kaum inhaltlich anhand der einzelnen Maßnahmen, die sie vorsieht, kritisiert, sondern vielmehr als Ausdruck neoliberalen Denkens.

In Anbetracht dieses breiteren Bildes ist Nuit debout nicht mehr so spontan wie es den Anschein haben mag. Entsprechende Strukturen bestanden schon länger. Die Vereinigung Génération précaire hatte bereits 2005 mit verschiedenen Aktionen auf die wachsende Prekarität gut ausgebildeter Jugendlicher aufmerksam gemacht. Versuche, die Bewegung der spanischen Indignados als Indignés nach Frankreich zu bringen, waren zwar zunächst nicht erfolgreich, etablierten aber Netzwerke zwischen Aktivisten verschiedener Vereinigungen. Zentrale Initiatoren der ersten Nuit debout waren schließlich unter anderem François Ruffin, Chefredakteur der linken Zeitschrift Fakir, und Frédéric Lordon, Ökonom und Soziologe, der sich gegen den Neoliberalismus als Wirtschaftsform engagiert.

Ab Februar 2016 kamen die Bedingungen schließlich zustande, die eine Bewegung tatsächlich auslösen konnten: Mit der Arbeitsmarktreform war der nötige Anstoß da und ein gemeinsames, ganz konkretes Ziel war gefunden: die Rücknahme der Reform. Der Gesetzgebungsprozess gab außerdem einen Zeitplan vor, an dem sich die Mobilisierung ausrichten konnte. Auch die mediale Öffentlichkeit war zu dem Zeitpunkt der Entstehung der Bewegung schon erreicht und musste nicht erst hergestellt werden. Nicht zuletzt wählte die Regierung den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt im Jahr, um eine Reform ohne Proteste der Öffentlichkeit vorstellen zu wollen: Ganz zufällig ist es nicht, dass Frankreichs große soziale Bewegungen – von Mai 68 über die Proteste gegen den CPE 2006 und die Rentenreform 2010 – alle im Frühjahr starten, fügt sich der Zeitpunkt doch besonders gut in den meteorologischen, vor allem aber auch studentischen Kalender ein, da die ersten Prüfungen gerade abgeschlossen und die nächsten noch in weiter Ferne liegen. Betrachtet man darüber hinaus die politischen Umstände, so fehlt den Protestierenden eine Alternative im Parteienspektrum, durch die sie sich auch im Parlament vertreten sehen: Die linke Regierung, die viele von ihnen gewählt haben, verrät in ihren Augen ihre eigenen Ideale; zudem

kommt Unterstützung für die Arbeitsmarktreform ausgerechnet aus der Opposition, von den konservativen Les Républicains.

„Rêve général" statt „grève générale"?

„La convergence des luttes" – das Zusammenlaufen der verschiedenen Protestbewegungen – ist das Ziel sozialer Bewegungen in Frankreich, um eine möglichst große Mobilisierung zu erzeugen. War das Entstehen von Nuit Debout genau diese Gelegenheit? Einerseits haben sie durch die Ablehnung des Reformprojekts und der sozialistischen Regierung ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Gegner. Andererseits sind die Organisationsweisen einander geradezu entgegengesetzt: Nuit debout lehnt jede hierarchische Struktur ab und widersetzt sich so auch dem Delegiertenprinzip, von dem Gewerkschaften leben. Ist für Gewerkschaften ein sichtbarer Demonstrationszug einer möglichst großen Anzahl an Menschen das zentrale Element gelungener Mobilisierung, setzt Nuit debout auf eine dauerhafte Präsenz an einem Ort. Reichweite soll über Medien und soziale Netzwerke geschaffen werden. Gewerkschaften werden von vielen Demonstranten, die sich für Nuit debout interessieren, als Teil des Systems abgelehnt. Entsprechend stark wurde darüber diskutiert, ob Gewerkschaftsvertreter bei einer Generalversammlung anlässlich des Tages der Arbeit am 1. Mai das Wort erhalten sollten; schließlich galten für sie dieselben Regeln wie für alle anderen Redner.

Dieser Wandel hin zu anderen Formen des Protests und der politischen Ausdrucksform ist eng verbunden mit der schwindenden Kraft von Gewerkschaften, aber auch mit dem Versagen politischer Parteien beim Versuch, junge Menschen an sich zu binden. Nur zwei Prozent der unter Dreißigjährigen sind Mitglied einer Partei; derselbe Anteil trifft auf die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu.[12] Ein ähnliches Bild gibt die Wahlbeteiligung ab: 65 Prozent der 18- bis 24-jährigen haben sich bei den Regionalwahlen 2015 enthalten, obwohl diese Wahlen durch den Erfolg des FN diesmal besonders politisiert waren. Sie stellen damit die größte Gruppe an Nichtwählern.[13] Genügen individualistische Einstellungsmuster einer Generation und eine Entpolitisierung als Erklärungsmuster für die Wahlverweigerung? Beide Antworten greifen zu kurz, denn unpolitisch sind junge Franzosen bei Weitem nicht: 42 Prozent sind Mitglied eines Vereins; fast die Hälfte ist bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren.[14] Doch sie fühlen sich mehr und mehr ignoriert von einer politischen Klasse, die die Privilegien anderer zu schützen scheint, während sie den von Unsicherheit umgegeben Jungen eine immer weniger planbare Zukunft hinterlässt.

Doch mit den traditionellen Funktionsweisen politischer Strukturen scheinen sich viele nicht mehr identifizieren zu können. Statt durch Logos großer Organisationen drücken sie ihre Zustimmung für eine Sache durch wechselnde Symbolbilder aus. Beispielhaft dafür ist das Bekenntnis „Je suis Charlie" nach den terroristischen Attacken im Januar 2015 oder die Grafik des Eiffelturms als Peacezeichen nach den Anschlägen des 13. November. Eine aktive Präsenz in den sozialen Netzwerken mit einprägsamen Hashtags tut ihr Übriges zur Verbreitung und Äußerung von Meinungen und wirkt viel schneller identitätsstiftend, als es traditionelle Bewegungen vermögen. Auch die Online-Petition „Loi Travail: non merci!", die innerhalb weniger Tage nach ihrer Veröffentlichung mehr als eine Million Unterzeichner hatte, fügt sich in dieses Muster ein. Die Vorwürfe der Schnelllebigkeit und Inhaltsleere, die den „neuen" Aktivisten von Gewerkschaftsseite, aber auch von Politikern gemacht werden, sind dabei nie weit entfernt.

Den oft radikalen Aktivismus, der für Frankreichs Protest- und Gewerkschaftskultur charakteristisch ist, legt mit der Zunahme solcher neuer Protestformen nur noch eine Minderheit an den Tag. Dafür sind auch die mehr und mehr von Unsicherheit geprägten Arbeitsbedingungen für vor allem junge Arbeitnehmer verantwortlich: Wer regelmäßig um die Fortführung seines befristeten Vertrags bangen muss, wird jedes Risiko vermeiden, bei seinem Arbeitgeber negativ aufzufallen. Ein konfrontativer Arbeitskampf kann nur dann geführt werden, wenn er in einem abgesicherten Rahmen stattfindet. Für viele, gerade junge Franzosen ist das immer weniger der Fall.

Die Reform: der Tropfen zu viel im Fass der Unsicherheiten

Günstige Kontextfaktoren haben eine solche Mobilisierung gegen eine vergleichsweise unspektakuläre Reform ermöglicht. Vor allem aber herrscht auch ein besonders angespanntes politisches Klima, in dem es nur wenig brauchte, um eine starke Politisierung auszulösen.

Hollande ist als unbeliebtester Präsident der Fünften Republik immer wieder mit sinkenden Umfragewerten konfrontiert: Im Mai 2016 halten ihn nur 16 Prozent der Franzosen für einen guten Präsidenten.[15] Der wirtschaftliche Aufschwung lässt weiter auf sich warten und aus seinem eigenen Lager wird ihm der Verrat linker Werte vorgeworfen. Neben der Durchsetzung einer immer liberaleren Wirtschaftspolitik ist es vor allem die Reaktion auf die Terroranschläge des 13. November, die ihm diesen Vorwurf einbringt: Bereits zum dritten Mal

verlängerte die Regierung im Mai den Notstand, der nach den Attentaten verhängt worden war und der den Sicherheitsbehörden besondere Befugnisse erteilt. Auch das kürzlich verabschiedete Anti-Terrorgesetz räumt einem repressiven Ansatz in der Terrorbekämpfung Vorrang vor gesellschaftlichen und integrativen Maßnahmen ein. Mit dem Vorschlag, Terrorismusverdächtigen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, brachte Hollande Ende vergangenen Jahres eine Forderung auf den Tisch, die ausgerechnet im Lager des Front National schon länger prominent war. Und schließlich setzte Manuel Valls in den Verhandlungen um das Gesetz El Khomri den Artikel 43-3 der französischen Verfassung als Durchsetzungsmittel ein. Dies war bereits 2015 dreimal bei den Macron-Gesetzen geschehen. Das aktuell so umstrittene Gesetz wurde somit ohne Abstimmung aus der Nationalversammlung in den Senat weitergeleitet. Man muss nicht unbedingt die Ansicht vertreten, dass eine solche in der Verfassung geregelte Prozedur per se undemokratisch sei. Ganz offensichtlich ist jedoch, dass die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern krankt. Vonseiten der Bürgerinnen und Bürger fehlt es an Vertrauen in die Akteure, fatalerweise aber auch immer mehr in die Strukturen und Institutionen der Politik. Proteste wie diesen Frühling sind die eine Seite der Medaille, die andere ist der Zuwachs für populistische und rechtsradikale Parteien wie dem Front National. Er macht sich die Enttäuschung durch „das System“ zunutze und propagiert einfache Lösungen. Weniger als ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl wird die politische Debatte in Frankreich nicht zur Ruhe kommen. Mehr Dialog statt Konfrontation könnte aber schon dazu beitragen, sie in konstruktive Bahnen zu lenken.

Julie Hamann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

1 Im ersten Quartal 2016 beträgt die Arbeitslosigkeit 10,2 %; in der Altersgruppe der 15–24-jährigen liegt sie mit 24,2 % wesentlich höher, vgl. Insee: http://www.insee.fr/fr/themes/info-rapide.asp?id=14 (abgerufen am 28.6.2016).

2 Den von Martine Aubry initiierten Aufruf unterzeichneten 18 linke Persönlichkeiten. Er wurde am 25.2.2016 in Le Monde und auf einer Internetseite veröffentlicht, vgl. https://sortirdelimpasse.fr/ (abgerufen am 22.6.2016).

3 Zu den Inhalten des Gesetztes vgl. Lia Börsch, Frankreichs Arbeitsmarktreform, in: https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/fuenf-fragen/frankreichs-arbeitsmarktreform und Friedrich Ebert Stiftung, Die Reform des Arbeitsrechts spaltet die Linke Frankreichs, in: https://www.igmetall.de/20160419_FES_Frankreich_Info_Die_Reform_des_Arbeitsrechts_spaltet_die_Linke_Fra_a947af1b95096c0357154d83f1316c13df6f6514.pdf (abgerufen am 22.6.2016).

4 Im Privatsektor sind nur rund 5 % der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, während es im öffentlichen Sektor 15 % sind. Vgl. Jean-Marie Pernot, De quoi la désyndicalistion est-elle le nom?, in: Michel Pigenet, Danielle Tartakowsky (Hrsg), Histoire des mouvements sociaux en France, Paris 2014, S. 642.

5 Vgl. ebd., S. 644.

6 Vgl. France Info, „Auhourd'hui, 85 % des contrats de travail sont des CDI", in: http://www.franceinfo.fr/emission/le-vrai-du-faux/2015-2016/aujourd-hui-85-des-contrats-de-travail-sont-des-cdi-12-01-2016-07-40 (abgerufen am 22.6.2016).

7 Vgl. Jean-Marie Pernot, De quoi la désyndicalistion, a.a.O., S. 434 (Anm. 4).

8 Zitat aus Le Parisien, Laurent Berger (CFDT), Retirer la loi Travail serait inacceptable, 25.5.2016, in: http://www.leparisien.fr/economie/laurent-berger-cfdt-retirer-la-loi-travail-serait-inacceptable-25-05-2016-5827745.php (abgerufen am 22.6.2016).

9 Einer Umfrage von Odaxa für den Fernsehsender iTele zufolge befürworten 60 % der Franzosen die Bewegung. Vgl. iTele, 9.4.2016, in: http://www.itele.fr/france/video/60-des-francais-soutiennent-le-mouvement-nuit-debout-160621 (abgerufen am 22.6.2016).

10 Vgl. Geoffroy de Lagasnerie, D'Occupy à Nuit Debout: l'inconscient politique du mouvement des places, in: Mediapart.fr, 27.4.2016, https://blogs.mediapart.fr/geoffroy-de-lagasnerie/blog/270416/doccupy-nuit-debout-linconscient-politique-du-mouvement-des-places (abgerufen am 28.6.2016).

11 Vgl. Peter Ullrich, Postdemokratische Empörung: Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung, in: ipb working papers, Berlin 2015, S. 15, https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/07/postdemokratische-empc3b6rung_ipb-working-paper_web3.pdf (abgerufen am 28.6.2016).

12 Vgl. Crédoc, Près d'un jeune sur deux serait prêt à devenir bénévole dans une association, in : http://www.credoc.fr/pdf/Sou/CdeP_Jeunes_vie_de_la_cite.pdf (abgerufen am 22.6.2016).

13 Vgl. Francetvinfo, Elections régionales : qui sont les Français qui se sont abstenus au premier tour ?, 6.12.2015, in : http://www.francetvinfo.fr/elections/regionales/elections-regionales-qui-sont-les-abstentionnistes_1209285.html (abgerufen am 22.6.2016).

14 Vgl. Crédoc, a.a.O. (Anm. 12).

15 Vgl. Le Monde.fr, François Hollande devient le président le plus impopulaire de la Ve République, in: http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2014/09/04/francois-hollande-devient-officiellement-le-president-le-plus-impopulaire_4482376_4355770.html (abgerufen am 22.6.2016).

DGAP**analyse** / Nr. 6 / Juli 2016

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
This work is licensed under a Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License.

DGAP
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
German Council on Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 1611-7034

Redaktion Sara Jakob
Layout / Satz Andreas Alvarez
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung

Deutsche
Gesellschaft für
Auswärtige
Politik